

Aus- und Fortbildungsinstitut
des Landes Sachsen-Anhalt
als zuständige Stelle nach BBiG

Kenn-Nr.

**Abschluss- und Wiederholungsprüfung 2023
im Ausbildungsberuf
Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter
Einstellungsjahrgang 2020**

4. Prüfungsbereich:	Wirtschafts- und Sozialkunde
Prüfungstag:	12.10.2023
Bearbeitungszeit:	90 Minuten
zugel. Hilfsmittel:	DVP- oder VSV-Gesetzessammlung nicht programmierbarer, nicht textspeicherfähiger Taschenrechner

Hinweis: Die Klausur besteht aus **4** Seiten (incl. Deckblatt).
Bitte prüfen Sie die Vollständigkeit sofort nach!

Frau Schmidt arbeitet als Pressefotografin für die Stadt Schlossheim (S). Um ihre Aufgaben professionell erfüllen zu können, beschließt sie, eine hochwertige Digitalkamera anzuschaffen. Die Kamera wird von der Stadt Schlossheim bei einem Elektronikgeschäft (E) namens "Elektronix World" für 800 Euro gekauft. Ein wirksamer Kaufvertrag zwischen der Stadt Schlossheim und dem Elektronikgeschäft ist zustande gekommen.

Nach einigen Einsätzen stellt Frau Schmidt fest, dass die Kamera nicht wie erwartet funktioniert. Es treten häufig Fehlermeldungen auf dem Display auf, und die Kamera stürzt gelegentlich ab. Bilder können so nicht mit der Kamera angefertigt werden. Zurückzuführen ist dies auf einen produktionsbedingten Defekt.

Die Stadt kontaktiert daraufhin das Elektronikgeschäft und erklärt die Situation. Sie verlangt die Lieferung einer neuen Kamera. Das Elektronikgeschäft ist jedoch zurückhaltend und verweist darauf, dass die Kamera von der Stadt beschafft wurde und sie daher nicht verpflichtet seien, die Nacherfüllung durchzuführen. Sie argumentieren, dass die städtische Beschaffung besonderen Regelungen unterliege.

Die Stadt Schlossheim ist jedoch der Meinung, dass die Kamera mangelhaft ist und die Nacherfüllung verlangt werden kann.

Aufgaben:

1. Prüfen Sie in einem Rechtsgutachten, ob die Stadt Schlossheim einen Anspruch auf Nacherfüllung in Form der Reparatur der Kamera hat. (16 Punkte)
2. Welche Gewährleistungsrechte stehen der Stadt Schlossheim zu, wenn das Elektronikgeschäft die Nacherfüllung ablehnt? Erläutern Sie kurz. (3 Punkte)

I. Sachverhalt „Weg mit dem Kanzler?“**(13 Punkte)**

In den letzten Monaten nahm die Kritik im Bundestag, der neben den Regelabgeordneten aus 11 Überhangmandaten und 127 Ausgleichsmandaten besteht, an der Arbeit des Bundeskanzlers stark zu. Auch in der Regierungskoalition wächst die Unzufriedenheit. Schließlich spitzt sich die Situation so weit zu, dass Abgeordnete von zwei der drei Koalitionsparteien vereinbaren, den Bundeskanzler dadurch abzuwählen, dass der derzeitige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der führenden Oppositionspartei S. Müller zum Bundeskanzler gewählt wird.

Im Rahmen der Bundestagssitzung am 27.09.2023 wird schließlich der Antrag gestellt, S. Müller zum Bundeskanzler zu wählen. Es wird darauf gedrängt, die Wahl schnell durchzuführen. Daher kommt es schon am 28.09.2023 zur Wahlhandlung, bei der alle Bundestagsabgeordneten ihre Stimme abgeben.

Es wird folgendes Ergebnis festgestellt:

- für S. Müller 378 Abgeordnete,
- Gegenstimmen 281 Abgeordnete,
- ungültige Stimmen 3,
- Enthaltungen: restliche Abgeordnete.

Aufgabe: Bitte prüfen Sie, ob S. Müller damit wirksam zum Bundeskanzler gewählt wurde. Auf Vorschriften der Bundestagsgeschäftsordnung ist dabei **nicht** einzugehen.

II. Sachverhalt "Das Onlinezugangsgesetz 2.0"**(12 Punkte)**

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) verlief bisher sehr schleppend und für Politik und Bürger sowie Bürgerinnen nicht zufriedenstellend. Die Bundesregierung macht einen Anlauf beim Onlinezugangsgesetz, um die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben.

Schließlich wurde von der Bundesregierung ein entsprechender Gesetzentwurf zum Onlinezugangsgesetz 2.0 auf direktem Wege in den Bundestag eingebracht. Das OZG 2.0 ergänzt nun das erste Gesetz und soll die Umsetzung vor allem über das zentrale Portal beschleunigen.

Nach ordnungsgemäß durchgeführtem Gesetzgebungsverfahren stimmt der Bundestag schließlich über das Gesetz ab. An der Abstimmung nehmen von 736 Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages insgesamt 537 Abgeordnete teil.

Dabei wird folgendes Abstimmungsergebnis erzielt:

- für das Gesetz 268 Abgeordnete,
- gegen das Gesetz 214 Abgeordnete,
- Enthaltungen 55 Abgeordnete.

Der Bundestagspräsident ist der Meinung, dass das Gesetz damit die erforderliche Mehrheit erhalten hat und leitet es unverzüglich an den Bundesrat weiter.

Der Bundesrat steht dem Gesetzentwurf kritisch gegenüber und äußert Bedenken zur formellen Rechtmäßigkeit des bisherigen Verfahrens.

Aufgabe:

1. Bitte prüfen Sie, ob die Bedenken des Bundesrates zur formellen Rechtmäßigkeit berechtigt sind. Gehen Sie bei Ihrer Prüfung **nur** auf das Gesetzesinitiativrecht sowie die erforderliche Mehrheit im Bundestag ein.